

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Schule muss Sache der Kommune werden

- Plädoyer für mehr Selbstbewusstsein in der Bildungspolitik

Wenn der Mandelkern zur Flucht aufruft

- Wie sich Gefühle im Unterricht auswirken

Hier wird Schule ganz neu gedacht

- Deutscher Schulpreis für Gymnasium in Mössingen

Streng gläubig und brutal

- Muslimische Jungen oft gewalttätiger

Lebensbegleiter im sozialen Brennpunkt

- Deutscher Präventionspreis geht nach Pforzheim

Von der verordneten Schule zur Bürgerschule

- Warum Einheitslösungen die Bildung nicht verbessern

Ausbau beruflicher Schulen wird fortgesetzt

- Kultusministerin Marion Schick zum aktuellen Ländervergleich

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Schulentwicklung: Kommunen mehr einbinden	3	Schulbezirksregelung: Nachteil für Hauptschulen.	22
Bildungspolitik: Schule nicht weiter verordnen	4	VBE-Kritik: Mehr Schulabbrecher durch Werkrealschule.	22
Ländervergleich: Fragen an die Kultusministerin	7	Frühkindliche Bildung: Baden-Württemberg am unteren Ende	23
Unterricht: Wie sich Gefühle auf das Lernen auswirken	8	Sprachförderung: Mittel zu knapp bemessen	23
Abitur: Klage gegen Prüfungsausschluss	11		
Lernmittelfreiheit: Was Eltern wissen sollten	12	Hochschule aktuell	
Deutscher Schulpreis: Firstwald-Gymnasium ausgezeichnet	14	Förderung für Mädchen: Das Programm „Schülerinnen forschen“	24
Prävention: Preis für die Arbeit der Nordstadtschule	16	Mein Studienalltag: Warum eine Frau den Maschinenbau wählt.	27
Neue Studie: Gewaltproblem mit muslimischen Jungen	20		
Neue Werkrealschule: LEB kritisiert Bildungsplan	21		



Matthias Fiola, Vorsitzender
des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Woche ist der Ländervergleichsbericht, eine Ergänzung von Pisa, neu herausgekommen, wieder mit dem Testat für Bayern und Baden-Württemberg, spitze zu sein. Daran hat sich zum Glück nichts geändert. Nicht geändert hat sich aber auch die mangelnde Sozialdurchlässigkeit an unseren Schulen. Bei gleichen Voraussetzungen hat das Akademikerkind immer noch eine 6,5-fach höhere Chance, aufs Gymnasium zu kommen, als das Arbeiterkind. Da bei uns aber die Grundschulen entscheiden, wer zum Gymnasium gehen darf und wer nicht, fragt sich doch, von was diese Entscheidung, eigentlich ist es ja eine Prognose, abhängig ist. Von dem Potential, das einem Viertklässler zugetraut wird, oder von dem Umfang, mit dem die Eltern ihr Kind unterstützen können? Da, wo diese Unterstützung geleistet werden kann, sind unsere Schulen gut, dort wo nicht, sind unsere Kinder zu schlecht. Der Ruf nach mehr Elternengagement, der parallel dazu vermehrt zu hören war, sollte vor diesem Hintergrund sehr differenziert betrachtet werden. Dieses soll nicht heißen, dass auch Eltern sich nicht noch verbessern, Schulen noch besser kennen lernen, ihre Hilfe für die Kinder verstärken können. Es bleibt aber festzuhalten, dass ganz offensichtlich die elterliche Hilfe entscheidend für das Fortkommen unserer

Kinder ist. Und dass Eltern in unserem Lande in sehr großem Umfange Hilfe leisten, erkennt man an den für uns positiven Elementen des Berichtes.

Eine hervorragende Möglichkeit, sich hier noch zu verbessern, ist die frühkindliche Bildung. Alle Projekte, die jetzt auslaufen, zeigen, wie wichtig es ist, Eltern sehr früh an runden Tischen einzubinden und ihnen auf Augenhöhe zu begegnen. Ich fordere, diese runden Tische überall und für alle Eltern zu ermöglichen.

Und ein weiteres Ergebnis dieses Testes hat sich leider über die Jahre auch nicht verändert. Unsere Jungen und Mädchen schneiden sehr unterschiedlich ab. Die Jungen aus dem besten Bundesland waren schlechter als die Mädchen aus dem schlechtesten Land. Und dieser Unterschied ist schon ziemlich gewaltig. Auch da gilt es endlich gegenzusteuern. Wir erreichen unsere Jungs nicht mehr, sprechen offensichtlich in den Klassen nicht ihre Sprache, holen sie nicht bei ihren Stärken und Interessen ab. Gerade hier sind unsere Pädagogen in den Schulen gefragt.

Mit herzlichen Grüßen

M. Fiola

Matthias Fiola

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Matthias Fiola – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: redaktion.sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Chistiane Staab (cs), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Schule, Arbeitsgemeinschaften, außerschulische Partner, um ein paar Stichworte zu nennen (dies alles auf der Basis ohne Finanzkrise der öffentlichen Haushalte). Wenn wir nun feststellen, dass das, was Schule heute leisten muss, nur in diesem Kanon geht, dann muss zwingend der zweite Schritt erfolgen: Dieser bedeutet, dass diejenigen, die all dies organisieren und (noch) finanzieren (können), endlich auch Eigenverantwortlichkeit mit Entscheidungsbefugnis bekommen. Bei der Auswahl des Personals, bei der Verteilung der Ressourcen, bei der Erstellung der pädagogischen Konzepte.

Angst vor dem Kontrollverlust

Es ist fragwürdig, dass diejenigen, die Armuts- und Sozialberichte einer Kommune schreiben, Jugendhilfeberichte erstellen, also die Experten der lokalen Ebene, bei der Organisation und Durchführung von Schule und Bildung ihre Erkenntnisse in Schulprogramme nicht einbringen dürfen.

Wir sehen Riesenchancen, auch in Form von Synergieeffekten, wenn mehr Verantwortung nach „unten“ delegiert wird und Gelder vor Ort nach dem spezifischen Bedarf der Gegebenheiten vor Ort von den kommunalen Verantwortungsträgern eingesetzt werden können. Mittelfristig kann dann

auch über den Abbau von Hierarchie-Ebenen nachgedacht werden. Dies wird wohl der Schritt sein, der am schwierigsten zu realisieren ist; geht es doch um beliebte Positionen. Die größte Angst ist in diesen Zusammenhängen wohl diejenige vor Kontrollverlust. Dies war schon erkennbar, als die Schulämter, die im Rahmen der vorletzten Verwaltungsreform den Kommunen angegliedert worden waren, durch die letzte Verwaltungsreform aber wieder zentralisiert wurden.

Zu viel Nähe vor Ort erzeugte Vertrauen bei den Akteuren, was wiederum mit Misstrauen aus Stuttgart gesehen wurde. Das Auflösen dieser zarten Bande war Ausdruck einer Politik, die kein Interesse an selbstbestimmter kommunaler Bildungsplanung für die Menschen vor Ort hat. Die kommunale Selbstverwaltung ist im föderalen System Deutschlands ein hohes Gut. Es geht im Moment darum, Denkprozesse anzustoßen. Wie die Ausgestaltung aussehen wird? Hierfür sind viele Varianten denkbar. Angesichts dessen, was Kinder heute eigentlich in ihren Schulen bräuchten, und der Bereitschaft vieler Kommunen und Partner vor Ort, sich hierfür zu engagieren, kann es ein „geht nicht“ nicht geben. Unsere Kinder brauchen eine neue, passgenaue Schule vor Ort!

*Martin Lenz, Bürgermeister Karlsruhe
Christiane Staab, Landeselternbeirat*

Von der verordneten Schule zur neuen Bürgerschule

Zur Rückbindung der Schulen in bürgerschaftliche Netze von lokalen Bildungsorten

Die Chance eines Besuchs anderer Länder und Bildungslandschaften besteht zum einen darin, dass man Neues sieht, das man zuhause dann einbringen möchte. Die andere Chance ist, dass man das Altvertraute daheim mit neuen Augen sieht. Erst recht entsteht dieser andere Blick auf das Eigene, wenn man mit Finnland, Südtirol und den USA binnen eines Jahres gleich drei Bildungs- und Schulsysteme erkunden konnte, die in der internationalen Bildungsforschung durchaus Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen vermögen. Professor Martin Weingardt von der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg hat diese Erkundungstour gemacht und erläutert seine Schlussfolgerungen.

Entlang der folgenden, bewusst pointiert formulierten Thesen versucht Professor Weingardt zu verdeutlichen, an welchen Stellen wir in Deutschland offenbar in bestimmten Vorstellungswelten und Selbstverständlichkeiten des Denkens verfangen sind, die es aufzubrechen gilt, um neue lernwirksame und gemeinwesenstnahe Schulen gestalten zu können.



Prof. Martin Weingardt

These 1:

Hierzulande besteht eine starke Neigung, Probleme nicht von unten durch die Bürger vor Ort, sondern durch den Staat von oben lösen zu wollen. Dem entspricht es, dass man in Deutschland weniger dialogische, sondern organisatorische Lösungen bevorzugt und sucht.

der ersten PISA-Studie 2001 wahre Pilgerwanderungen in die gelobten Länder der Bildungssieger – doch was unsere Delegationen von dort zumeist mitbringen, sind wieder der Struktur nach die alten Rezepte: Systemlösungen. Weil sie sozusagen ‚die deutsche Brille auf der Nase lassen‘ beim Reisen. Das heißt: Eingehend wird nach Unterschieden in den Systemen und Organisationsformen der Schulen gesucht, die sich natürlich finden lassen, wie etwa Ganztageschule, Gemeinschaftsschule, kleinere Klassen etc. Obgleich es – würde man diese Brille abnehmen – auch noch anderes zu entdecken gäbe: andere Haltungen, Lernkulturen, dialogische Vernetzungen ins Gemeinwesen, politische Konsenskulturen.

Aber hat man die Systemunterschiede erst einmal entdeckt, scheint sofort klar, dass vor allem darin der Erfolg Finnlands, Schwedens, Südtirols – oder wie die besuchten Länder heißen mögen – begründet sein muss. Und weil man auf beiden Seiten des politischen Spektrums von dieser ‚Systemlogik‘, dieser alles entscheidenden Bedeutsamkeit des Organisatorischen, in seltener Verbundenheit überzeugt ist, bemerkt man gar nicht, dass man eventuell gemeinsame blinde Flecken, sozusagen Wahrnehmungsprobleme hat. Und so kommt man nach Hause, um mit neuen Argumenten bestückt fröhlich weiter zu betreiben, was man seit Jahrzehnten tut: Systemdebatten und -kämpfe austragen. Beinahe als sei man der Meinung: Am systemischen Wesen soll die Schule genesen! Das Resultat: ein halbes Jahrhundert mal offener, mal verdeckter Systemstreit im Schulbereich. Das reicht eigentlich.

Dass diese Sichtweise typisch deutsch ist, machen wir uns nicht klar. Und wie tief in der nationalen Vergangenheit wir noch

immer verwurzelt sind. Anders als in den USA, Finnland oder Südtirol, wo man traditionell eher reichlich Platz ums Haus hat, leben die Menschen in Deutschland in hoher Dichte nebeneinander, früher in ummauerten Oberamtsstädtchen und Hausfendörfern, heute in eng bebauten Groß- und Vorstädten. Diese Dichte bringt zwangsläufig einen erhöhten Regelungsbedarf mit sich, und so wurde das Fegen des Bürgersteigs oder die Farbe der Dachplatten, die Bepflanzung des eigenen Gartens oder die Höhe des Grenzzauns bei uns amtlich verfügt.

Ordnen von oben statt gestalten von unten – eine deutsche Leidenschaft?

Das Setzen auf Ordnungen und deren hohe Bedeutung ist uns so seit Generationen in Fleisch und Blut übergegangen und stellt fast so etwas wie eine nationale Eigenart dar. Und das Schreckgespenst ist dementsprechend die mit Chaos gleichgesetzte ‚Unordnung‘, zu der von nicht wenigen auch bereits die Uneinheitlichkeit des deutschen Schulsystems gerechnet wird.

Selbstverständlich gibt es auch völlig anders gepolte Menschen in Deutschland. Aber die Pointierung mag dennoch helfen, eine latente Ordnungsfixiertheit in unserer Gesellschaft zu erkennen, die die jahrzehntelangen Anläufe in der deutschen Schulpolitik erklärt: immer wieder umorganisierte Schulstrukturen. Dieser Hang zum Errichten und Umbauen von Ordnungen aber ist für den pädagogischen Bereich nur bedingt gut. Oft wirkt er kontraproduktiv, weil der Umbau immense Energien absorbiert und weil tendenziell der Blick auf das pädagogisch Wesentliche verstellt wird.

These 2:

Das pädagogisch Wesentliche lebt nicht aus Ordnungen und Vorgaben, sondern aus Situationen und Begegnungen und den daran anschließenden Auseinandersetzungen und Verständigungen.

Pädagogik zielt auf Veränderung, auf Lernen und Entwicklung von Menschen. Fast immer sind solche Veränderungsprozesse abhängig von Situationen einer intensivierten Begegnung: Begegnung mit Phänomenen oder Problemen, mit herausfordernden Sachverhalten, vor allem aber mit Menschen, die in dieser Situation gemeinsam mit mir ein Problem erkennen, mit mir zusammen fragen, denken, reden, agieren, Lösungen finden.

Solche *lernwirksamen* Begegnungssituationen lassen sich nicht verordnen, meist auch nicht einfach arrangieren in der Schule. Am ehesten kann man durch eine ‚Ermöglichungspädagogik‘ diese Begegnungen, Auseinandersetzungen und Verständigungen wahrscheinlicher machen: indem man die Schule öffnet, die Kinder und Jugendlichen *hinausgehen* und in lebensnahe Lernkontexte eintreten lässt, in denen sich dieses alles ereignen kann. Wir sollten uns wieder mehr mit der Frage nach dem Menschen und der Natur des Lernens befassen, wenn wir die Entwicklung der Heranwachsenden optimieren wollen.

These 3:

Effizientes und nachhaltiges Lernen entsteht dort, wo Lernprozesse eingebettet sind in lebensnahe Situationen mit hohem Ernstcharakter und interessanten Lernpartnern. Wenn wir dem Lernen in der Sekundarstufe wieder Lebendigkeit verschaffen wollen, müssen wir es gewissermaßen ‚dem Leben zurückgeben‘.

Wann lernt ein Kind? Sicher auch, wenn es dazu angehalten und verpflichtet wird. Weit besser aber, wenn es dazu verlockt, motiviert, ‚verführt‘ wird, was in der Schule auch geschieht, aber noch öfters schulextern etwa in Naturschutzgruppen, bei Kleintierzüchtern, Sport- und Musikvereinen oder auch zuhause in der Familie. Dabei ist dieses von Neugier und Interesse vorangetriebene, intrinsisch motivierte Lernen meist weit nachhaltiger als das verordnete. Rund 70% des bleibenden Kompetenzzuwachses ereignet sich informell außerhalb der Schule, so die OECD.

Besonders für Jugendliche sind das die spannenden Lernsituationen, auf die sie anspringen: realitätsnahe, konkrete, echte, mit Menschen gefüllte Situationen und Problemstellungen im wahren Leben. Menschen, die zu Lernpartnern werden, weil sie mir Zugänge zu völlig neuen Gegenstandsbereichen und Lernprozessen öffnen. Die mediale oder didaktische Inszenierung von Realität in Schulbüchern und Unterricht kann Kinder zu Beginn der Schullaufbahn noch ansprechen, aber nach 7, 8 Jahren Schule sind viele Jugendliche davon nur noch gelangweilt. Das in die Schule eingesperrte Lernen wird dann mit jedem Schuljahr mehr zum Problem. Studien stellen fest, dass in Klasse 7 oder 8 nur geringe und teilweise gar keine nachhaltigen Lernzuwächse feststellbar sind. Die Effizienz der rund 10.000 Schulstunden von 10 Pflichtschuljahren nimmt in der Mittelstufe rapide ab. Dieser Tatbestand fordert auf zu deutlichem Umdenken in der Lernkultur.

These 4:

Wir brauchen immer öfter keine schulischen Einheitsmodelle von der Stange, sondern situationsangepasste ortsspezifische Lösungen von der Basis.

Wenn wir nun das Lernen noch mutiger für die Realitäten, Bildungsorte und -partner im schulischen Umfeld öffnen, dann werden wir sehr unterschiedliche Möglichkeiten vorfinden. Die Schule in der Stadt wird etwa Bibliotheken und Kultureinrichtungen, Altenheime und Jugendhäuser einbeziehen, die Grund- und Hauptschule auf dem Dorf mehr Lerngelegenheiten in Natur oder Landwirtschaft suchen und die kürzeren Wege zu Werkstätten und Praktikumsbetrieben, Vereinen und Familien, Bürgermeister und Pfarrer nutzen. Jedes Gemeinwesen bietet ein spezifisches Potenzial an bürgerschaftlichen Kräften, also familiär, beruflich oder ehrenamtlich Tätigen, die den Kindern und Jugendlichen besondere Lernorte für eigenständiges Erkunden und gemeinsame Lernprozesse öffnen können und dies oft auch wollen.

Schulcurricula und -profile werden sich also stark unterscheiden, was natürlich auch die Anpassung systemischer Komponenten einschließen kann. Die vor Ort möglichen und gewünschten Lernprozesse definieren aber, welches die dafür nötigen Organisationsformen von lokaler Bildung sind – und nicht umgekehrt.

Wenn die Schullandschaft hingegen mit Einheitslösungen von oben beglückt wird, gehen wir den umgekehrten Weg: Die Ordnung grenzt ein, welches Lernen noch möglich ist. Der jüngste Anlauf dieser Art ist die Einführung der Werkrealschule und es wird erkennbar, dass diese Struktur nur bedingt mehr *Lernchancen* erzeugen wird, während an nicht wenigen Orten Schulen mit höchster Qualifikations-, Vernetzungs- und Integrationsleistung dadurch von Schließung bedroht werden. Gemeinderäte, Eltern und Kollegien setzen sich teilweise zur Wehr.

Nötig sind größere Spielräume für die Ausgestaltung lokaler Schul- und Bildungslandschaften und Bildungsbausteine, die

die zentralen Kompetenzbereiche eines Bildungsplans abdecken, nicht aber detailliert ausgearbeitete Schulmodelle mit bis in die letzte Verästelung festgelegten Wahl-, Pflicht- und Profulfächern, die dann überall umzusetzen sind, ungeachtet dessen, ob sie auch überall sinn- sprich wirkungsvoll sind oder nicht.

These 5:

Wenn der Staat den Bürgern wenig zutraut, darf er sich nicht wundern, wenn die Bürger ihm auch wenig zutrauen.

Es ist viel von der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern die Rede und dass auch die Kommunen ihre Verantwortung für Kindererziehung und Betreuung wahrnehmen sollen. Tatsächlich scheinen Kommunen aber eher ausgebremst zu werden, wenn sie mit den bürgerschaftlichen Kräften mehr Verantwortung für die Gestaltung der örtlichen Schule übernehmen wollen. Auch Eltern erfahren sich nur selten als echte Partner. Sie dürfen Kuchen backen und dem Schulförderverein Geld beschaffen, aber wenn es ernst wird, etwa bei der Bildungsempfehlung am Ende der Grundschule, bei Versetzungsgefährdung oder bei disziplinarischen Maßnahmen gegen ihre Sprösslinge, weist man ihnen eine eher passive Rolle zu. Man traut ihnen nicht zu, zur Lösung dieser Probleme viel beitragen zu können, das überlässt man lieber der Schule fast im Alleingang. Dieses Misstrauen wird von den Eltern dann oft zurückgegeben – wen wundert dies?

Bei PISA-Siegern, etwa in Finnland und Südtirol, fällt auf, dass Lehrkräfte sehr freundlich, zugewandt und achtungsvoll mit Eltern umgehen und dass diese wiederum sehr positiv über ihre Schulen denken. Das empirisch belegte Prestige der staatlichen Schulen ist in beiden Ländern ungewöhnlich hoch. Diese Länder – und auch so manche Schule hierzulande! – zeigen: Eltern muss man nicht zwingen, man kann sie gewinnen. Und das wirkt sich selbst auf die Lernleistung der Kinder positiv aus. Denn wie soll sich ein Kind mit einer Institution positiv identifizieren, wenn die Eltern zuhause mit Misstrauen, Angst oder Ärger in der Stimme über diese reden?

Die Parteien – gleich welcher Couleur – sowie die schulischen Akteure an der Basis sollten den Eltern mehr vernünftige Entscheidungen zum Wohle des Kindes zutrauen und sie werden mehr Vertrauen zurückbekommen:

- Wenn künftig mehr Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in die Regelschulen inkludiert werden, wird dies gelingen, sofern man mit den Eltern frühzeitig darüber im Dialog ist.
- Wenn Eltern hohes Vertrauen zu einer bestimmten Schule und ihrer Arbeit haben, entschließen sie inzwischen nicht selten, ihr Kind selbst dann dort lernen zu lassen, wenn die Bildungsempfehlung den Besuch einer als höherrangig eingestuften Schulart ermöglicht – weil sie vom Kind her denken und pädagogisch entscheiden.

Auf einen Politikwechsel zu warten, macht wenig Sinn.

Ob es der Bildungspolitik in den nächsten Jahren gelingt, sich aus den beschriebenen Denkschemata zu lösen, ist fraglich. Zu lange schon scheint man sich rechts wie links auf bestimmte Positionen und vor allem die Systemdebatte festgelegt zu haben. Und zu stark ist wohl die bleibende Verlockung der Macht, doch immer wieder von oben nach unten vieles neu zu ordnen. Nein, was wir brauchen ist eine strukturelle Antwort, die ganz unabhängig von bildungspolitischen Setzungen und Entwicklungen von der Basis umgesetzt werden kann.

Das *Rahmenmodell* der Bürgerschule versucht einen solchen Weg zu öffnen, indem es folgenden Kriterien genügt:

- I. Es ist *schulartneutral*, d.h. es kann in einer ein-, zwei- oder vielgliederigen Bildungslandschaft gleichermaßen umgesetzt werden, in Brandenburg wie in Baden-Württemberg, in der Grundschule genauso wie in Hauptschulen oder (Werk-)Realschulen oder anderen Schularten.
- II. Entscheidend ist *nicht das grüne Licht von oben*, sondern nur, ob die Akteure vor Ort – Rektoren und Lehrer, Eltern und andere Bürger, Gemeinde- bzw. Stadträte – es wollen. Dann kann von heute auf morgen mit der Umsetzung begonnen werden.
- III. Es baut zentral auf *Dialog und Kooperation* mit Eltern und bürgerschaftlichen Kräften, die u.a. durch die spezifische Verständigungs- und Lernkultur der Schule *gewonnen* werden und ihr so auch in steigendem Maß die Kinder anvertrauen.
- IV. Es ist so *offen und flexibel* angelegt, dass es den lokalen Bedürfnissen und Potenzialen in seinem Programm in hohem Maß entsprechen kann. Dies schließt nötige systemische Anpassung vor Ort – wenn sie landespolitisch ermöglicht werden – keinesfalls aus, setzt sie aber nicht voraus.
- V. Es ist durch bestimmte *standardisierte Eckpunkte* in den Zielen und Arbeitsstrukturen dennoch so klar, dass problemlos benennbar und erkennbar ist, was eine Bürgerschule im Gegensatz zu anderen staatlichen oder privaten Schulangeboten will und macht.
- VI. Es geht zudem um bestimmte Schritte zur Abstützung und Unterstützung der schulischen Arbeit durch kommunale Gremien und Arbeitsstrukturen.
- VII. Es geht der Bürgerschule nicht um verkappte Parteipolitik, sondern die Konzentration auf verbesserte Lern- und Entwicklungsprozesse von Kindern im Gemeinwesen und deshalb um nicht weniger als ein neues Bild von Bildung: in dem die Schule nicht der dominierende Erziehungs- und Bildungsmonopolist sein will, sondern eine zentrale Plattform in einem vitalisierten lokalen Netzwerk von Lernorten und Bildungspartnern, in dem sich Kinder und Jugendliche freier als bisher lernend bewegen können.

Prof. Dr. Martin Weingardt,
Leiter der Abteilung Schulpädagogik
an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

Hearing zur Bürgerschule

In einem noch vor dem Sommer ermöglichten *Hearing* in Ludwigsburg am 23. Juli 2010 vormittags stellt Professor Weingardt die Maximen und Eckpunkte einer neuen Bürgerschule sowie konkrete Schritte zur schrittweisen Umsetzung (ggf. in regionalen Schulnetzwerken) vor und unter Einbeziehung von Expertenstatements zur Diskussion.

An dem Modell interessierte Schulleitungsteams, Bürgermeister, Gemeinde- bzw. Stadträte können gerne teilnehmen. Ob ein solches Angebot wiederholt wird, ist offen.

Nähere Informationen erhältlich bei Prof. Weingardt über: ingaV@web.de.

- Für alle Schularten, besonders aber ländliche Hauptschulen, die sich Gedanken machen, wie sie auf Dauer bestehen und sich im Gemeinwesen verankern können, dürfte das Modell und der Tag von Interesse sein.